

29.04.2016

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

ich habe gestern ausnahmsweise einem Antrag der Grünen-Fraktion im Bundestag zustimmen müssen, der ein generelles Fracking-Verbot fordert. Nachdem in Langwedel am vergangenen Freitag wieder mal die Erde gebebt hat und mittlerweile über einhundert Häuser Schäden aufweisen, müssen wir endlich handeln! Die Ursachen für diese Erdbeben und die daraus resultierenden Schäden lassen sich ganz klar auf die Erdgasförderung zurückführen, die in Langwedel durchgeführt wird. Viele Menschen haben mittlerweile Angst vor dem nächsten Beben. Dass dieses kommt, ist nur eine Frage der Zeit. Und ich kann diese Angst sehr gut nachvollziehen.

Bei uns in der Region ist zwar nicht das Fracking, sondern die daraus folgende Gasförderung, ursächlich für die massiven Erdstöße in Langwedel. Dennoch befürchte ich, dass es bald in vielen Regionen im gesamten Bundesgebiet so aussehen könnte wie in der Region Verden, wenn flächendeckend in Deutschland in dichtbesiedelten Gebieten Gas gefördert wird. Der Wertverlust der Hausbesitzer ist enorm. Unsere früher aufstrebende Region, die von erheblichem Zuzug profitiert hat, verfällt auch aufgrund der Angst und der durch die Erdgasförderung entstandenen Schäden in die Stagnation. Diese Probleme kannten wir vor den Unfällen und den Beben, die durch die Erdgasförderung auftreten, nicht.

Leider haben die Grünen in ihrem Antrag nur das Thema Fracking aufgegriffen, das in der Erdgasförderung bei uns eher nur eine untergeordnete Rolle spielt. Ich fordere mit Nachdruck die Bundesregierung dazu auf, ihren eingebrachten Gesetzentwurf vom 23. April 2015 zu überarbeiten, damit der Schutz der Menschen in Deutschland endlich im Mittelpunkt steht.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Mein Treffen mit NASA-Offiziellen

Am Donnerstag habe ich mich mit einer hochrangigen Delegation von NASA-Mitarbeitern getroffen. Teilgenommen am Meeting haben unter anderem Chef-Wissenschaftlerin Dr. Ellen Stofan, Chef-Technologe David Miller und die Vorstandsvorsitzende des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) Prof. Dr. Pascale Ehrenfreund.

Als zuständiger Haushaltspolitiker meiner Fraktion für das Bundeswirtschaftsministerium bin ich ebenfalls zuständig für die Luft- und Raumfahrt.

Themen des Treffens waren unter anderem die weitere Zusammenarbeit auf der Internationalen Raumstation (ISS) und die Pläne der NASA zum Mars zu fliegen. Für beide Projekte wünscht sich die NASA eine internationale Zusammenarbeit. Die ISS ist ein gelungenes Integrationsprojekt verschiedenster Nationen. Wir forschen auf der ISS zusammen mit Russland, den USA und vielen anderen Nationen friedvoll zusammen an neuen technologischen Entwicklungen für die Menschheit.



Durch den stetigen Technologietransfer von Weltraumtechnik hin zu einer Nutzung, die der Menschheit hilft, profitieren alle Menschen erheblich von der Raumfahrt. Zum Beispiel zeigt sich nach dem Aufenthalt von unserem deutschen Astronaut Dr. Alexander Gerst auf der ISS ein deutlich gesteigertes Interesse für Ingenieursberufe. Ein weiteres Beispiel für den Nutzen der Raumfahrt für die Menschheit ist, dass bei der Suche nach Wasser – dank modernster Satellitentechnik – mittlerweile 98 Prozent der Bohrungen erfolgreich sind, während es früher lediglich 33 Prozent waren. Darum müssen wir die Raumfahrt weiter fördern.

TTIP

Partnerland der diesjährigen größten Industriemesse der Welt in Hannover sind die USA, die den Stellenwert der Industrie wiederentdeckt haben und diesen Wirtschaftssektor kräftig ausbauen wollen. Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bietet uns die Chance, sich die zukünftigen Standards für Ex- und Importe nicht von den USA und Asien diktieren zu lassen, sondern mitzugestalten.

Kaum ein anderes Land wie Deutschland wird von diesem Freihandelsabkommen profitieren. Als eine der weltweit führenden Exportnationen ist unsere Wirtschaft von einem freien Warenverkehr abhängig. Darüber hinaus wird aber auch ganz Europa von TTIP massiv profitieren. Mehr noch als die USA.

TTIP ist außerdem gerade für unseren deutschen Mittelstand von großer Bedeutung. Viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU) können es sich, aufgrund großer bürokratischer Hürden, unterschiedlicher Standards und Zöllen, schlichtweg nicht leisten in die USA zu exportieren. Der Wegfall dieser Beschränkungen wird ihnen helfen, diesen großen Markt zu erschließen. Für KMUs ergeben sich laut einer Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft 42% höhere Marktchancen. Schon heute hängen 600.000 deutsche Arbeitsplätze von US-Exporten ab. Selbst unter pessimistischen Annahmen sagt die Studie hier einen Zuwachs von Arbeitsplätzen in Deutschland und der EU voraus. Auch die europäischen Landwirte können nach Schätzungen 60 Prozent mehr Produkte in den USA absetzen. Im Übrigen ist der Öffentlichkeit kaum bekannt, dass es in den USA vielfach höhere Standards – gerade im Bereich der Lebensmittelindustrie – gibt. Auch sind die Verhandlungen so öffentlich, wie noch nie zuvor bei einem Freihandelsabkommen, von denen wir im Übrigen bereits mehr als 100 mit anderen Staaten abgeschlossen haben – inklusive Schiedsgerichten, die sich als Schutz vor staatlicher Willkür für unsere Unternehmen bewährt haben.

Stahlindustrie stärken

Mit diesem Antrag begegnen wir der schwierigen wirtschaftlichen Situation der europäischen und deutschen Stahlindustrie, die unter anderem durch das Überangebot an billigen Stahlimporten aus China hervorgerufen wird. Mit den bestehenden Instrumentarium der EU dauert es zu lange, effiziente Maßnahmen gegen dieses Dumping zu ergreifen und vor diesem Hintergrund fordern wir eine beschleunigte Anwendung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU. Daneben braucht es eine vertiefte Prüfung, inwieweit die geplante Verleihung des WTO-Status einer Marktwirtschaft an China negative Auswirkungen auf unsere Stahlindustrie haben kann. Wir sind für die Beibehaltung der vollständigen Befreiung der in der Stahlindustrie genutzten Eigenstromerzeugung von der EEG-Umlage und wollen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie bei der zukünftigen Ausgestaltung des Europäischen Emissionshandels und im Klimaschutzplan 2050 berücksichtigt wird.

Innere Sicherheit

Auf der Klausurtagung in Rust haben die Geschäftsführenden Vorstände der beiden Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD über die Innere Sicherheit beraten. Hier stand der Kampf gegen den Terror, gegen Sextäter und organisierte Einbrecherbanden auf der Tagesordnung. Gerade gegen Einbrecher kann viel durch eine verbesserte Sicherung der eigenen vier Wände getan werden. 40 % aller Einbrüche werden abgebrochen, weil die Täter nicht schnell genug in Wohnung oder Haus eindringen können. Wir stellen für die Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung weitere 50 Mio. Euro pro Jahr bereit. Damit verfünffachen wir die bisher vorgesehenen 10 Mio. Euro pro Jahr für das KfW-Programm. Wir müssen aber nicht nur den passiven, sondern auch den aktiven Einbruchsschutz verbessern: Wir fordern daher noch mehr Polizeipräsenz. Hier sind die Länder gefordert, ihren Teil zu mehr Sicherheit beizutragen

Daten und Fakten

Deutsche Wirtschaft wächst weiter – Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau. Die deutsche Wirtschaft wächst weiter kräftig. Die Bundesregierung hält an ihrer positiven Prognose fest und erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7 Prozent im Jahr 2016 und 1,5 Prozent im Jahr 2017. Ausschlaggebend für das erneute Wachstum ist vor allem die starke Binnennachfrage. Sie führt auch zu einem insgesamt besser austarierten Wachstum und sorgt gleichzeitig bei unseren Handelspartnern für positive Impulse. Ebenso profitiert davon der deutsche Arbeitsmarkt, der sich weiterhin sehr gut entwickelt und den positiven Trend fortsetzt. So erwartet die Bundesregierung für 2016 einen Anstieg der Erwerbstätigkeit um 480.000 Personen und im nächsten Jahr um 350.000 Personen auf das Rekordniveau von 43,9 Millionen Erwerbstätigen.

Deutschland – Das Land der Biere. Zum 500. Jubiläum des Reinheitsgebotes am 23. April 2016 lassen sich erneut Spitzenwerte rund ums Thema Hopfen und Malz aus Deutschland vermelden. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden 2015 in 1.388 deutschen Brauereien rund 88 Millionen Hektoliter Bier (ohne alkoholfreies Bier) hergestellt. Die Spitzenreiter fanden sich dabei in Bayern, wo sich fast die Hälfte der Brauereien (626) befand und mit rund 23 Millionen Hektoliter auch das meiste Bier gebraut wurde. Platz zwei ging an Baden-Württemberg mit 190 Brauereien und rund 6 Millionen Hektoliter Bier Brauleistung, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, wo in 125 Betrieben mit rund 20 Millionen Hektoliter die zweithöchste Menge Bier in einem Bundesland gebraut wurde.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Sebastian Fischer